

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 5

Berlin, den 1. Februar 1930

5. Jahrgang

## Reparationsverhandlungen und ihr Ergebnis.

In der ersten Januarhälfte wurden von den beteiligten Hauptmächten am Weltkrieg Reparationsverhandlungen im Haag gepflogen, weil die diesbezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und die späteren Abmachungen in ihrem ursprünglichen Ausmaß nicht durchführbar waren. Die Verhandlungen führten zu einem Ergebnis, das schon im Vorjahr unter dem Namen Young-Plan vorbereitet worden war und nun die endgültige Formulierung erhielt. Im Young-Plan ist zum erstenmal eine begrenzte Summe mit einem Zahlungstermin niedergelegt und damit weiß Deutschland auch endlich einmal, was es bezahlen soll. Hoffentlich wird dadurch erreicht, daß mit dem neuen Zahlungsplan nicht nur für Deutschland, sondern für Europa eine friedliche Entwicklung einsetzt, die so dringend für die Völker nötig ist. Sozialer und politischer Friede wird damit in Deutschland freilich nicht einleiten; denn der arbeitenden Klasse unseres Landes denken die Kapitalisten den Hauptteil der Lasten des Young-Planes aufzubürden. Die nunmehrige Regelung der Reparationen ist demnach eine Angelegenheit, die besonders die Arbeiterschaft angeht.

Das Verhandlungsergebnis sieht nun so aus, daß der vor Monaten vorbereitete Young-Plan im großen und ganzen bestehen geblieben ist, doch hat er nicht unbedeutliche Zusätze erfahren. Die Belastung des deutschen Volkes beträgt 37 Jahre hindurch im Durchschnitt 2050 Millionen RM je Jahr. In den ersten 10 Jahren findet eine Verminderung auf durchschnittlich 1750 Millionen RM statt. Später steigt die Jahresleistung über den Durchschnitt hinaus. Die Jahresleistung muß von der Reichsbahn und von der Reichsfinanzverwaltung aufgebracht werden. Die Reichsbahn zahlt 27 Jahre hindurch je Jahr 660 Millionen RM. Der Rest muß von der Reichsfinanzverwaltung geleistet werden. Die Sachleistungen bleiben noch 10 Jahre in Gültigkeit, um dann endgültig fortzufallen. Nach der endgültigen Ratifizierung der Haager Abmachungen, die Ausgangs Februar erfolgen soll, werden alle Kontrollen aufgehoben, die gemäß dem Dawes-Plan über Deutschland verhängt wurden. Am 30. Juni 1930 verläßt der letzte Soldat der Besatzungshere den deutschen Boden. In regelrechter Weise wird die Saarfrage, deren Abschluß ebenfalls in Wäldchen erfolgt wird.

Als eines der Ergebnisse der Haager Verhandlungen ist eine Reparationsanleihe in Höhe von 1200 Millionen RM zu erwähnen. Der Erlös dieser Anleihe fließt zu zwei Dritteln Frankreich und zu einem Drittel Deutschland zu. Der deutsche Anteil in Höhe von 400 Millionen RM soll der Reichsbahn und der Reichspost zugute kommen. Beide Unternehmungen wollen den Erlös für die Erneuerung ihrer Anlagen verwenden. Sowohl die Reichsbahn als auch die Reichspost haben dringende Erneuerungen bzw. Betriebsverbesserungen zurückstellen müssen. Erhalten sie den betreffenden Betrag, kann dann das deutsche Wirtschaftsleben durch die Investitionen der Post und der Reichsbahn sehr wesentlich befruchtet werden. Das Deutsche Reich hat sich verpflichten müssen, solange keine Auslandsanleihen abzuschließen, bis die Anleihe durchgeführt ist. Das bedeutet für das Reich eine vorläufige Auslandsanleihebesperzung, unter Umständen bis April 1931. Die Anleiheaktion wird von dem amerikanischen Bankhaus Morgan durchgeführt. Jedoch soll die Anleihe nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Ländern aufgelegt werden. Wahrscheinlich wird Frankreich einen erheblichen Teil derselben übernehmen. Dieses Land hat bekanntlich äußerst flüssige Kapitalverhältnisse. Durch die Verknappung der deutschen und französischen Interessen, ist ein engeres Verhältnis, eine stärkere Verflechtung zwischen den Wirtschaften der beiden Länder hergestellt worden. Prinzipiell ist die Regelung in dieser Form zu begrüßen.

Die Haager Verhandlungen haben durch den Zwischenfall, den der Reichsbankpräsident heraufbeschworen hat, eine besondere Melancholie erfahren. Es hat sich deutlich gezeigt, daß hierzulande Kräfte am Werke sind, die einen Staat im Staate errichten wollten. Durch das energische Durchgreifen der Reichsregierung ist der Vorstoß des Herrn Schacht abgewehrt worden. Aber der Vorfall an sich hat gezeigt, daß nunmehr die Gesehe der Reichsbank in einem anderen Sinne halbwegs durchgeföhrt werden müssen. Die übermächtige Stellung des Reichsbankpräsidenten muß beseitigt werden. Die Reichsregierung muß den ihr zustehenden Einfluß auf die Reichsbank wiederbekommen. Eine Neuwahl des Reichsbankpräsidenten ist zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Es darf nicht noch einmal das Schauspiel wiederholen, daß auf internationalen Konferenzen Deutsche gegen Deutsche stehen. Nur eine einzige Stelle darf es in Deutschland geben, die außenpolitisch und innenpolitisch letzten Endes die Verantwortung bei wichtigen Anlässen trägt. Dies kann nur die Reichsregierung sein.

Diese und andere Angelegenheiten weisen darauf deutlich hin, daß wir innenpolitisch vor großen Entscheidungen stehen. Die Situation in Deutschland ist keineswegs rosig. Die Wirtschaft liegt darnieder. Mehr als 2 Millionen Menschen sind ohne Beschäftigung und leben von kargen Unterstützungen. Rechts und links wird eine wüste Propagandatätigkeit entfaltet. Nur mit Mühe gelingt es, offenen Aufruhr in Deutsch-

land zu vermeiden. Dies ist aber auf die Dauer nur möglich, wenn die Wirtschaftsverhältnisse sich bessern und die arbeitende Klasse davon durchdrungen ist, daß sie nicht allein Opfer einer schweren Wirtschaftskrise und der Kriegslasten zu tragen hat. Dies muß mit aller Deutlichkeit betont werden!

Der Kampf um die Lastenverteilung wird nunmehr erst beginnen. In den Parlamenten und außerhalb derselben werden sich die Kräfte jetzt zu messen versuchen. Es geht um Steuererhöhungen und soziale Interessen, um die Fortführung der Sozialpolitik, um den sozialen Lebensstandard, fergum um den Anteil der einzelnen Faktoren am Sozialprodukt. Dieser wird allerdings, dessen müssen wir uns klar sein, um den Betrag der Reparationsleistungen gekürzt. Aber um den Rest muß zwischen den beiden Lagerlagern Kapital und Arbeit gekämpft werden. Die Unternehmer haben des öfteren deutlich zu erkennen gegeben, daß nach Regelung der Reparationsfrage auf Jahre hinaus keine Erhöhung der Reallohne eintreten kann. Sie haben weiter erklärt, daß die Sozialpolitik nicht nur nicht weiter verbessert, sondern abgebaut werden soll. Hier scheiden sich die Geister. Hier werden sich die Fronten in scharfer Abwehrstellung gegenüberstehen.

Es ist noch keineswegs sicher, wie lange die gegenwärtige Regierung am Ruder bleiben wird. Die Kräfte innerhalb der Koalitionsparteien sind keineswegs ausgeglichen. Wegen der Steuererhöhungen, der Sozialerhöhungen und anderer wichtiger Fragen der Lastenverteilung wird es innerhalb der Regierungsparteien zu scharfen Auseinandersetzungen

kommen. Daneben wird der Sturm von rechts und links mit einer Heftigkeit einsetzen, von der wir uns heute noch keine Vorstellung machen können. Das Regierungsschiff wird also durch hohe Wellen hindurchgesteuert werden müssen. Welchen Kurs es endgültig nimmt, steht in keiner Weise fest. Dagegen steht die Front der Gewerkschaften unerschütterlich da. Der heftige Angriff der Reaktionäre auf die Gewerkschaften zeigt mit großer Eindringlichkeit, daß das Machtzentrum der Arbeiterklasse sich in den Gewerkschaften befindet. Diese werden den Stob der vereinigten Rückstürmer nicht nur zu parieren versuchen, sondern ihrerseits zum Angriff übergehen. Keineswegs kann die deutsche Arbeiterklasse ihren einwilligen, mit Abschluß der Reparationsverhandlungen auf jede Besserung der sozialen Lebensverhältnisse zu verzichten. Unseres Erachtens besitzt die deutsche Wirtschaft Lebenskraft genug, um neben den Reparationslasten den sozialen Aufstieg der unteren Schichten zu gewährleisten. An eine Verschlechterung der Sozialerhöhungen ist gar nicht zu denken.

Wie dem auch sei, die endgültigen Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben, wie in der Politik, müssen jetzt erst erkämpft werden. Wir standen seit Kriegsanfang fortgesetzt in Ubergangszeiten. Jetzt liegen die Grundgesetze des Wirtschaftslebens auf lange Zeit fest. Und nun erst wird die deutsche Arbeiterklasse um ihre endgültige Macht zu ringen haben. Deshalb gilt es in der kommenden Zeit die vereinigten Kräfte einzusetzen, um die Zukunft der Arbeiterklasse sicherzustellen. Die Gewerkschaften haben dabei die größte Arbeit zu leisten.

## Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer noch zu. Von Woche zu Woche bekommen die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen neuen starken Zulauf. Weitere Betriebe schließen die Tore, mehr und mehr Fabriken kündigen die Stilllegung oder Kurzarbeit an. Die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung geht dadurch in hohem Maße zurück, weil Entlassungen und Kurzarbeit das Arbeitsentkommen stark schmälern. Das Geld und die Not häufen sich im Schnellzugtempo beim deutschen Volk.

Diese Dinge kann man unmöglich so gleichgültig laufen lassen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß sich die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und der Sozialdemokratischen Partei zusammensetzten und berieten, wie gegenwärtig etwas abgeholfen werden kann. Die drei Spitzenorganisationen kamen einmütig dahin überein, daß folgende Maßnahmen unternommen werden müßten, um Arbeit zu schaffen und wirtschaftliche Anregungen zu geben.

Bei der Schwierigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln ist die Kapitalzufuhr aus dem Auslande eine notwendige Voraussetzung der Besserung. Deshalb muß die sofortige Beseiti-

gung aller inländischen Hemmungen verlangt werden, die gegenüber Anleiheaufnahmen bestehen, die auf Grund des Vertrauens ausländischer Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft in Deutschland erhältlich sind. Dadurch könnte über die Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen eine wesentliche Belebung des Baugewerbes und der mit ihm verbundenen Industrien erzielt werden. Um weiteren Industrieerwerb Beschäftigung zu schaffen, sollen Reichsbahn und Reichspost im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur beschleunigten Auftragsvergebung veranlaßt werden. Die Anlässe für Bauzwecke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorweg zu verabschieden, damit eine vernünftige Verteilung der Anträge umgehend erfolgen kann.

Gleichzeitig mit allen erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten, muß bei der Gestaltung des Reichshaushalts der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslosenunterstützung unbedingt sichergestellt werden. Angesichts der großen Zahl langfristiger Erwerbsloser bedarf insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuordnung.

## Ein- und Ausfuhr Deutschlands.

Das Jahr 1929 brachte Deutschland wieder einmal einen Ausfuhrüberschuß und machte die Handelsbilanz aktiv, das heißt wir führten mehr Waren aus als ein. Im genannten Jahr erreichte die Ausfuhr ein Mehr von 47,6 Millionen. An sich ist das ein volkswirtschaftlich erfreuliches Zeichen für einen Staat, aber für uns kann es deshalb keine reine Freude bringen, weil wir Reparationen zu leisten haben, deren Höhe den Wert unseres Ausfuhrüberschusses weit übersteigt. Dieser Umstand trübt also unsere Freude, die wir in bezug auf die aktive Handelsbilanz haben könnten, wenn normale Verhältnisse für uns vorlägen.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Laufe des Jahres 1929, ganz für sich betrachtet, in nicht ungünstiger Weise. In den Jahren vorher war das noch nicht der Fall, da mußten wir noch bedeutend mehr Waren einführen, als wir ausführen konnten. Unsere Handelsbilanz war zu jener Zeit noch stark passiv. In welcher Weise das der Fall war, zeigt ein Vergleich zwischen der Ausfuhr und Einfuhr. Wir liefern in der Hauptsache Fertigwaren an das Ausland. Das bewirkt, daß unsere Industrie mehr und mehr Abzahnmöglichkeiten in anderen Staaten findet, leider noch nicht in dem Maße, daß auch unser Arbeitslosenheer dadurch verringert werden könnte. Wie die Entwicklung der deutschen Ausfuhr in den letzten Jahren und im Vergleich zu 1913 vor sich ging, mögen einige Zahlen ergeben, die das bereits Gefagte bestätigen.

Ausfuhr (reiner Warenverkehr).

(In Millionen Reichsmark.)

Jahr	1929	1928	1927	1926	1925	1913
Ausfuhr	13 482,2	12 445,6	10 954,3	10 561,3	9 422,4	10 899
Einfuhr	799,1	662,8	578,7	681,3	491,9	
Reparationsachlieferungen						

Aus der Aufstellung ist auch zu ersehen, in welcher Höhe wir Sachlieferungen für Reparationen leisteten. Ihr Wert nahm, mit Ausnahme des Jahres 1927, ebenfalls zu. Wir liefern Steinkohlen, Koks, schwefelreiches Ammoniak, Walzwerkzeugnisse, Maschinen, chemische Erzeugnisse u. a. an Sachwerten aus.

Auf die Hebung unserer Ausfuhr muß der größte Wert gelegt, und es sollte alles versucht werden, darin weitere Fortschritte anzubahnen. Je mehr es uns gelingt, Erzeugnisse, vor allem industrieller Art, auszuführen, um so eher werden wir volkswirtschaftlich wieder gesunden und desto mehr haben wir die Gewißheit, daß der Weltmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt. Gerade in dieser Hinsicht fehlt noch so mancher Staat für uns als Absatzgebiet, z. B. Polen und Rußland mit rund 170 Millionen Menschen kommen bei weitem noch nicht an die Einfuhr deutscher Fertigprodukte heran, die sie auf Grund ihrer Bevölkerungszahl haben müßten.

Unsere Einfuhr zeigt nicht die gleiche Tendenz wie unsere Ausfuhr. Sie ging in den letzten drei Jahren etwas zurück. Das ist kein Mangel, denn je mehr es uns gelingt, besonders die Einfuhr von Lebensmitteln durch verbesserte eigene Erzeugung im Inlande zurückzuführen, desto besser ist es für uns. Das gilt beispielsweise für landwirtschaftliche Produkte. Wir führten 1928 u. a. für 145 Mill. RM lebende Tiere, für 571 Millionen RM Weizen, für 380 Mill. RM Gerste, für 43 Millionen RM Kartoffeln, für 138 Mill. RM Gemüse, für 225 Mill. RM Obst, für 252 Mill. RM Südrüben, für 310 Millionen RM Kaffee, für 166 Mill. RM Fleisch, für 435 Mill. RM Butter, für 102 Mill. RM Käse, für 294 Millionen RM Eier, für 72 Mill. RM Wein, insgesamt für 4528,5 Mill. RM Lebensmittel und Getränke, und für 2875,1 Millionen RM fertige Waren, gegen 8145,9 Mill. RM Rohstoffe und halbfertige Waren ein. Das sind Summen, von denen Hunderte von Millionen nicht ins Ausland fließen













